

Stellungnahme der CDU zu den Forderungen des Deutschen Gewerkschaftsbundes zur Bundestagswahl 1980

Prüfstein 1: Frieden, Entspannung und innere Sicherheit

Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker war und ist Grundlage der Deutschland- und Außenpolitik der CDU. Die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in den Westen, die Verständigung mit Frankreich, die Aussöhnung mit Israel und der Beginn von Gesprächen und Vereinbarungen mit dem Osten waren sichtbare Ergebnisse der Friedenspolitik von CDU und CSU.

Die CDU/CSU tritt für eine Politik ein, die Spannungen vermindert und auf Beseitigung ihrer Ursachen hinwirkt. Wir sind für Gewaltverzicht und streben Abrüstungsvereinbarungen an, die ein ausgewogenes und kontrolliertes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen schaffen. Machtungleichgewicht erzeugt Spannungen und fordert zur Gewaltpolitik heraus.

Wir wollen mit unseren östlichen Nachbarn in Frieden leben. Daher sind wir zu fairer Zusammenarbeit mit allen Regierungen des Ostblocks bereit. Wir wollen wirksamen und dauerhaften Abbau bestehender Spannungen und unbehinderte freundschaftliche Beziehungen mit den Völkern Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Zusammenarbeit kann nur gelingen, wenn die Grundsätze der Gleichberechtigung, des gegenseitigen Nutzens und der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung beachtet sowie getroffene Vereinbarungen und eingegangene Verpflichtungen von beiden Seiten eingehalten werden.

CDU und CSU waren von der ersten Stunde ihres Wirkens an die Parteien der europäischen Einigung. Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse werden wir dafür sorgen, daß das große Ziel Europa nicht außer Sicht kommt. Wir wissen, daß die Europäer die Herausforderungen der Zukunft — Bewahrung von Frieden und Freiheit, Lösung des Energieproblems, Partnerschaft mit der Dritten Welt — nur gemeinsam in einer politischen Union meistern können.

Wir als Christliche Demokraten wissen uns verpflichtet, für mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in der Welt zu wirken, das Gefälle zwischen reichen und armen Ländern durch solidarische Hilfe und durch Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit der Entwicklungsländer abzubauen. Gleichzeitig müssen wir einen partnerschaftlichen Dialog mit den Entwicklungsländern, auch die Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft durch stetige Versorgung mit Rohstoffen und Energie durch Erhaltung und Ausbau unserer Exportmärkte erreichen. Entwicklungspolitik ist ein Gebot der Sicherung unserer Existenz und zugleich eine ethische Aufgabe.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung im Innern ist nicht Selbstzweck, sie ist Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden. Die Union wird unseren Staat wieder in die Lage versetzen, auf Gefahren für die Sicherheit und Freiheit der Bürger angemessen reagieren zu können.

Unsere freiheitlich demokratische Grundordnung lebt und erhält ihre Antriebskraft aus der demokratischen Diskussion verschiedener Standpunkte. Toleranz hat jedoch gegenüber denjenigen eine Grenze, die entweder mit Gewalt oder mit den Methoden der Unterwanderung unsere demokratischen Freiheiten und damit die freiheitlich demokratische Grundordnung beseitigen wollen.

Prüfstein 2: Recht auf Arbeit – gesicherte Arbeitsplätze

Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland zum Dauerproblem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden. Eine hektische Wirtschaftspolitik, ausufernde Bürokratie sowie eine leistungs- und investitionsfeindliche Steuerpolitik von SPD und FDP haben die Arbeitslosigkeit in der Bundesrepublik zumindest mitverursacht. Die Union hat in der Vergangenheit bewiesen, daß sie auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft der Herausforderung der Arbeitslosigkeit

wirksam begegnen kann. Den arbeitslosen Bürgern wieder Arbeit zu geben, allen Jugendlichen Ausbildungsplätze zur Verfügung zu stellen und drohende neue Beschäftigungsrisiken zu verhindern, ist eine innenpolitische Aufgabe ersten Ranges.

Seit Mitte der 70er Jahre ist die Arbeitslosigkeit explodiert. 1980 wird das sechste Jahr sein, in dem bei uns rund eine Million Menschen arbeitslos sind. Der Anteil der Problemgruppen verfestigt sich. Er macht mehr als die Hälfte der Arbeitslosen aus. Dazu gehören die Leistungsgeminderten (250 000), Dauerarbeitslosen (146 000), ältere Arbeitnehmer (93 000). Permanent wächst vor allen Dingen die Zahl der arbeitslosen Schwerbeschädigten (61 511). 60 Prozent aller Arbeitslosen sind Frauen. In einem Gutachten, das von der Bundesregierung in Auftrag gegeben worden ist, kam das Prognos-Institut zu folgendem Ergebnis: Für 1985 ist mit 1,65 Millionen Arbeitslosen zu rechnen. Der DGB hat die Bundesregierung zu Recht aufgefordert, diese Gutachten nicht zu verharmlosen, sondern ernst zu nehmen.

Die Union wird durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft den beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnen. Denn wir wissen: eine gute, zuverlässige Wirtschaftspolitik ist die beste Sicherung der Vollbeschäftigung. Dabei werden wir uns besonders um Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Jugendliche ohne Ausbildung- und Arbeitsplätze, Frauen, ältere Arbeitnehmer, Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen und Arbeitnehmer strukturschwacher Gebiete bemühen.

Durch Strukturpolitik soll die Fähigkeit der Wirtschaft gestärkt werden, sich neuen Entwicklungen anzupassen und sie sozial erträglich zu gestalten. Vordringliche Aufgabe der regionalen Strukturpolitik ist es, auf gleichwertige Lebensverhältnisse in allen Gebieten unseres Staates hinzuwirken und damit einen wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit zu leisten. Staatliche Strukturpolitik als direkten Eingriff in unternehmerische Investitionsentscheidungen lehnen wir ab.

Die Union will eine Verbesserung der beruflichen Fortbildung und Umschulung, um zum einen den Problemgruppen einen leichteren Übergang in einen anderen Beruf zu ermöglichen und zum anderen während dieser Zeit eine ausreichende materielle Sicherung zu gewährleisten.

Darüber hinaus hat die CDU ein Programm gezielter Hilfen für diese Problemgruppen bereits vorgelegt.

Prüfstein 3: Umweltschutz

Union und DGB sind sich einig: Die Erhaltung der natürlichen Grundlagen des Lebens ist ein Stück verantworteter Freiheit. Wer in der Gegenwart die natürlichen

Grundlagen des Lebens verantwortungslos ausbeutet und die ökologischen Zusammenhänge stört, verletzt die Solidarität zwischen den Generationen.. Technischer Fortschritt und qualitätsorientiertes Wachstum sind jedoch unverzichtbar und sind mit dem Schutz unserer natürlichen Reserven und der Umwelt vereinbar. Wir verpflichten uns, die Lebensgrundlagen in unserem Lande so zu erhalten, daß die Umwelt für die Bürger Heimat bleibt und daß wir der nachfolgenden Generation ein Erbe hinterlassen, das zu bewahren und weiterzugeben sich lohnt. Wir versprechen nicht die Unberührtheit einer vorindustriellen Natur und gleichzeitig die Errungenschaft einer modernen Industriegesellschaft. Wir wissen, daß es viele Dinge gibt, die wichtiger sind als materieller Fortschritt. Wir wissen ebenso, daß ohne gesunde wirtschaftliche Grundlage die Lebensbedürfnisse nicht erfüllt werden können. Wir halten auch in Beziehung auf die Umwelt eine Politik des „Alles oder nichts“ für verfehlt, für unmenschlich. Deshalb versprechen wir weder die unberührte Natur noch das grenzenlose Wachstum. Wir versprechen vielmehr eine Politik für eine geschützte Natur und den damit zu vereinbarenden wirtschaftlichen Fortschritt.

Wir wollen:

- Eine wirkungsvolle Lärmbekämpfung.
- Die Verminderung der Luftverschmutzung.
- Wasserbauliche Maßnahmen zur Sicherung der Ufervegetation.
- Die Sicherung bzw. Wiederherstellung einer guten Wasserqualität.
- Die Förderung einer verantwortungsbewußten Verwendung von Chemikalien.
- Die ständige Überprüfung und Verbesserung des Strahlenschutzes.

Für die Reinhaltung von Luft und Wasser, die Lärmbekämpfung und die Abfallbeseitigung sowie für den Schutz weiterer Elemente soll das Verursacherprinzip gelten.

Prüfstein 4: Energieversorgung

Ohne Energie gibt es keine Zukunft. Die ausreichende Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Energie zu vernünftigen Preisen ist die Voraussetzung für

- wirtschaftliches Wachstum,
- Vollbeschäftigung,
- soziale Sicherheit.

Deshalb geht die Frage der Energieversorgung unseres Staates an die Wurzeln unserer Existenz schlechthin.

Die Gefährdung unserer Energieversorgung ist seit Jahren bekannt, sie ist vor allem seit der ersten Ölkrise der Jahre 1973/74 in das Bewußtsein der Menschen gerückt. SPD und FDP waren unfähig, in den letzten 6 Jahren eine verantwortungsbewußte Entscheidung für die Nutzung der Kernenergie zu treffen.

Die CDU/CSU hat dagegen ein Programm, das die Zukunftsprobleme der Energieversorgung lösen kann:

- Die friedliche Nutzung der Kernkraft ist zur Sicherung unserer Energieversorgung unentbehrlich. Wir werden daher die Kernenergie im notwendigen Umfang, bei einer geregelten Entsorgung und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen nutzen. Wir werden aber nicht zulassen, daß die Berufung auf Fragen der Sicherheit und der Entsorgung selbst dort zum Vorwand für die Verhinderung der Kernenergienutzung genommen wird, wo sie gelöst sind.
- Wir werden die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl schrittweise verringern. Dafür brauchen wir sowohl neue Kohlekraftwerke wie neue Kernkraftwerke in einer sinnvollen Verbindung des Einsatzes beider Energieträger. Jede Tonne Kohle ist wertvoll. Die Verwendung der Kernenergie als billigste Quelle für die Erzeugung von Prozeßwärme gibt den Veredelungsmöglichkeiten der Kohle eine wirtschaftlich optimale Grundlage.
- Weil wir für eine ehrliche Politik gegenüber unserem Volk sind, sagen wir, daß trotz Sparsams und verbesserten Wirkungsgrades bekannter Energien, trotz der Suche nach neuen Energien und trotz des verstärkten Einsatzes der Kohle kein Weg an der Kernkraft vorbeiführt, wenn nicht unsere wirtschaftliche, soziale und staatliche Ordnung zusammenbrechen soll.
- Nicht aus Übermut, sondern aus Verantwortungsbewußtsein sagen wir ja zur Kernenergie. Klarheit und Rechtssicherheit und kürzere Entscheidungswege sind für die Genehmigungsverfahren unerlässlich.
- Die Erschließung bisher ungenutzter Energiequellen und der Einsatz neuer Techniken stehen erst am Anfang. Wir werden Wissenschaft und Forschung fördern, damit sie sich dieser Aufgabe verstärkt zuwenden. Dies gilt nicht nur für die Nutzung der Sonnenenergie und der Erdwärme, sondern auch für die Erforschung und Entwicklung der Fusionsenergie und der Wasserstoffenergie sowie für die Förderung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Brennstoffen. Wir brauchen neue Treibstoffe und energiesparende Antriebsaggregate.
- Wir werden im privaten und wirtschaftlichen Bereich Anreize zu einer besseren Ausnutzung von Energie schaffen.

- Es müssen auch neue Technologien gefördert werden, die sparsameren Einsatz von Rohstoffen und Energie wie auch die Zurückgewinnung von Rohstoffen und Energie aus Abfall und Abwärme ermöglichen und zunehmend die regenerativen Energiequellen erschließen.
- Wir verstehen die Sicherung der Energieversorgung zu tragenden Preisen als eine große Herausforderung für unser Land. Wir sind bereit zu einem Pakt der Vernunft. Wir brauchen ein Handeln, das jetzt die Blockade lebenswichtiger Entscheidungen aufhebt und unsere Zukunft sichert.

Prüfstein 5: Menschengerechte Arbeit

Die CDU hat sich ebenso wie der Deutsche Gewerkschaftsbund sehr früh der Notwendigkeit einer größeren Humanisierung des Arbeitslebens zugewandt.

Wir werden alle Bestrebungen unterstützen, unzumutbare Belastungen und vermeidbare Arbeitserschwernisse abzubauen. Der Mensch ist für uns nicht Diener der Maschine oder Lückenbüßer der technischen Ausstattung. Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte, eröffnen neue Mitwirkungschancen und brauchen nicht unwirtschaftlich zu sein. Auch im Arbeitsleben muß der einzelne die Chance haben, mitzugestalten und mitzuentscheiden.

Humanisierung hat nur dort Sinn, wo Menschen Arbeit haben. Die Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ist daher ein wesentlicher Beitrag zur Humanisierung des Arbeitslebens.

Prüfstein 6: Vermögensverteilung, Steuer- und Finanzpolitik

Die CDU kann in der Vermögenspolitik auf eine überzeugende Leistungsbilanz verweisen

- 1952 Wohnungsbauprämien gesetz
- 1959 Sparprämien gesetz
- 1961 Erstes Vermögensbildungsgesetz
- 1965 Zweites Vermögensbildungsgesetz

Die CDU/CSU setzte ihre Vermögensbildungspolitik auch nach 1969 fort. Zu nennen ist hier u. a. der Bundesparteitagsbeschuß der CDU von 1973 zur

Vermögenspolitik, der 1977 eingebrachte Gesetzesantrag zum Abbau steuerlicher Hemmnisse für die Vermögensbeteiligung der Arbeitnehmer und der 1978 eingebrachte Gesetzentwurf zur Förderung freiwilliger betrieblicher Gewinn- und Kapitalbeteiligung.

Entgegen der Ankündigung in der Regierungserklärung von 1969 haben SPD und FDP es bis heute nicht vermocht, die Beteiligung der Arbeitnehmer am Produktivvermögen voranzubringen.

Privates Eigentum ist ein Grundpfeiler und ein wesentliches Unterscheidungsmerkmal der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber anderen Wirtschafts- und Gesellschaftssystemen. Persönliches Eigentum gibt dem Bürger Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit. Privates Eigentum kann auf Dauer nur garantiert werden, wenn es breit gestreut ist. Alle Bürger sollen die Chance des Zugangs zu den verschiedenen Formen des Eigentums erhalten.

Die Bildung von Produktivvermögen in der Hand von Arbeitnehmern ist eine soziale Notwendigkeit, um wirtschaftliche Abhängigkeiten abzubauen, den Arbeitnehmern auch eigenverantwortlich begründete Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung für die Zukunft zu sichern.

Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger hat Rekordhöhen erreicht. Fast die Hälfte jeder in unserer Volkswirtschaft verdienten Mark wandert in öffentliche Kassen. Die Leistung der Bürger wird durch den Zugriff der Steuer bestraft. Dennoch ist der Staat überschuldet. Die Schulden des Bundes sind höher als sein Haushalt. Die neuen Kredite reichen kaum noch aus, Zinsen und Tilgung für die alten zu zahlen. Die SPD/FDP hat trotz ständiger Warnungen der Union die Finanzkraft des Staates überfordert und die Grenzen der Belastbarkeit der Bürger überschritten.

Wir werden im Steuerrecht die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen fördern und Bremsklötze für das Wirtschaftswachstum beseitigen.

- Die im geltenden Einkommen- und Lohnsteuertarif begründete Automatik von „heimlichen Steuererhöhungen“ muß durch regelmäßige Tarifkorrekturen entschärft werden.
- Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.
- Wir werden die Investitionskraft der Betriebe durch steuerliche Entlastung insbesondere bei den ertragsunabhängigen Steuern stärken und hierdurch einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten.

Durch unser steuerpolitisches Programm werden wir den Bürgern heimliche Steuererhöhungen zurückgeben. Persönliche Leistung soll sich wieder lohnen.

Bund, Länder und Gemeinden müssen die Rahmenbedingungen für ein angemessenes wirtschaftliches Wachstum setzen. Wirtschaftliches Wachstum ist jedoch kein Selbstzweck, sondern es ist vielmehr die Voraussetzung, um Arbeitsplätze und Ausbildungsplätze in ausreichendem Maß zur Verfügung zu stellen, unser bewährtes System der sozialen Sicherung zu erhalten, die öffentlichen Aufgaben zu finanzieren, den Verteilungskampf zu entschärfen, individuelle Freiräume zu sichern und nicht zuletzt unsere Verpflichtung gegenüber den Entwicklungsländern zu erfüllen.

Die Soziale Marktwirtschaft berücksichtigt, daß nicht alle Güter und Dienstleistungen zur Befriedigung menschlicher Bedürfnisse über den Markt hergestellt und verteilt werden können. Daher bedarf es der Korrektur und Ergänzung des Marktes durch Leistungen des Staates und gesellschaftlicher Gruppen in Bereichen, in denen der Markt nur unzureichend oder gar nicht wirksam sein kann.

Der Staat trägt jedoch die Beweislast für die Notwendigkeit, neue Aufgaben als staatliche Aufgaben zu übernehmen. Wo immer möglich, sollten öffentliche Aufgaben durch Private und freie Träger erfüllt werden, ohne daß diese öffentlichen Aufgaben dadurch zu deren Privatangelegenheiten werden. Bei der Übernahme öffentlicher Aufgaben durch Private und freie Träger müssen die berechtigten Belange der davon betroffenen Arbeitnehmer berücksichtigt werden.

Prüfstein 7: Mitbestimmung

Die Mitbestimmung der Arbeitnehmer ist Ausdruck christlich-sozialen Gedankengutes und eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft. Das Montan-Mitbestimmungsgesetz, das Betriebsverfassungsgesetz sind Leistungen CDU-geführter Bundesregierungen. Auch an der Verabschiedung des Mitbestimmungsgesetzes von 1976 war die Union durch eigene Vorschläge wesentlich beteiligt.

Die CDU will die gleichberechtigte Kooperation der im Unternehmen tätigen Kräfte, denn die Würde des arbeitenden Menschen verlangt seine Teilhabe an den Entscheidungen, die die Bedingungen für seine Arbeitswelt setzen.

Die Vermenschlichung der Arbeitsbedingungen ist eines der wichtigsten Ziele der Mitbestimmung. Die CDU tritt für ein neues Unternehmensrecht auf der Grundlage der Beschlüsse ihres Hamburger Parteitages von 1973 ein.

Prüfstein 8: Arbeits- und Dienstrecht

Die Union unterstützt die Forderung des DGB nach einem einheitlichen Arbeitsgesetzbuch.

Die Reform des öffentlichen Dienstrechts wurde von der SPD/FDP-Regierung bereits 1969 angekündigt. Eine Verwirklichung dieses Versprechens ist jedoch bis heute noch gar nicht abzusehen.

Die CDU hat ihre Vorstellungen für die Dienstrechtsreform formuliert.

Das öffentliche Dienstrecht muß in verfassungsmäßiger Weise funktionsgerecht vereinheitlicht werden. Der gegenwärtige Zustand des Nebeneinanders von Beamten, Angestellten und Arbeitern in gleichen Funktionen ist weitgehend willkürlich und im übrigen systemwidrig. Rechte und Pflichten der Bediensteten folgen aus ihrer Aufgabe. Beamten- und Tarifbedienstetenstatus sind nach den wahrgenommenen Staatsfunktionen abzugrenzen.

Für die Arbeitnehmer im öffentlichen Dienst ist ein vereinheitlichtes, tarifvertraglich geregeltes Arbeitnehmerrecht zu schaffen. Unter Berücksichtigung des statusrechtlichen Unterschiedes ist die Ausgestaltung des Dienstverhältnisses der Beamten und der übrigen Arbeitnehmer einander anzugeleichen.

Prüfstein 9: Tarifautonomie

Die CDU ist für freie Gewerkschaften und freie unternehmerische Tätigkeit. Arbeitnehmer und Unternehmer, Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände haben entscheidenden Anteil an der Entwicklung der Wirtschaft und der Festigung der Demokratie.

Wir treten für die Tarifautonomie ein, weil sie ein wesentliches Ordnungselement der Sozialen Marktwirtschaft ist. Die Tarifparteien tragen Mitverantwortung für das Gemeinwohl, vor allem eine besondere Verantwortung für die Sicherung der Notwendigkeiten der Zukunft unserer Wirtschaft und Gesellschaft und damit unseres Staates. Wir bejahren die Koalitionsfreiheit, weil sie eine Bedingung der sozialen Partnerschaft ist. Die Idee der Partnerschaft erfordert funktionsfähige Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände.

Das Bundesarbeitsgericht hat in seinem Urteil die Rechtmäßigkeit der Aussperung für die Abwehr begrenzter Teilstreiks festgestellt. Die Tarifautonomie als

wesentliches Ordnungselement der Sozialen Marktwirtschaft ist durch das Urteil
bekräftigt und die Notwendigkeit, bei Tarifauseinandersetzungen Waffengleichheit
und Verhältnismäßigkeit zu wahren, unterstrichen worden.

Das Gericht hat die Tarifparteien aufgefordert, Grundsätze höchstrichterlicher
Rechtsprechung in eigener Zuständigkeit zu präzisieren. Der Respekt vor Recht-
sprechung und Tarifautonomie sollte Parlament, Regierung und Parteien veranlas-
sen, sich in der Frage des Arbeitskampfrechtes Zurückhaltung aufzuerlegen.

Prüfstein 10: Bildungsplanung und Berufsbildung

Die Zukunft des einzelnen und die Lebensbedingungen unserer Gesellschaft
werden maßgeblich von der Qualität des Erziehungs- und Bildungswesens beein-
flußt. Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für die persönli-
che Entfaltung des einzelnen und eine gerechte Verwirklichung seiner Lebens-
chancen.

Die Kinder vermissen in ihrer Schule Geborgenheit: Kurse statt Klassengemein-
schaften, Fachwissenschaftler statt Klassenlehrer, Kursteilnehmer statt Klassenka-
meraden. Lehrpläne werden mit immer neuen Stoffgebieten befrachtet, grundle-
gendes Wissen aber vernachlässigt. Die Eltern werden als Nachhilfelehrer ihrer
Kinder mißbraucht.

Menschlich ist die Schule, wenn sie Freude macht und auf das Leben vorbereitet.
Dazu darf sie weder dem Ruf nach Leistungsverweigerung nachgeben, noch sich
technokratischer Härte verschreiben und es an Verständnis für Schülerinteressen
und Leistungsgrenzen fehlen lassen.

- Für die CDU ist der Kindergarten eine familienergänzende, kindgemäße
Bildungsstätte für die 3- bis 5jährigen. Sie ist der Auffassung, daß auf Wunsch
der Eltern einem Kind ein Platz im Kindergarten oder in der Kindertagesstätte
zur Verfügung stehen muß.
- Die Ganztagschule auf freiwilliger Basis ist für die CDU ein Angebot. Bei der
Einrichtung von Ganztagschulen sollen die unterschiedlichen regionalen und
strukturellen Voraussetzungen berücksichtigt werden. Dabei dürfen Ganztags-
schulen die Erziehungsrechte und -möglichkeiten der Familie nicht einschrän-
ken.
- Die CDU ist nicht der Auffassung, daß die Vollzeitschulpflicht auf 11 Jahre
ausgedehnt werden sollte. Das Berufsgrundbildungsjahr sollte unserer Mei-
nung nach im 10. Vollzeitpflichtschuljahr abgeleistet werden können. Es sollte

in vollzeitschulischer oder dualkooperativer Form in der Berufsfachschule oder als erstes Ausbildungsjahr im Betrieb und Teilzeitberufsschule gestaltet werden.

- Die CDU kann sich nach gegenwärtigem Stand und den Erfahrungen mit den Modellversuchen nicht dafür aussprechen, die integrierte Gesamtschule als Regelschule in allen Bundesländern einzuführen. Unter anderem haben die bisherigen Schulversuche ergeben, daß die Gesamtschule im Vergleich zum gegliederten Schulwesen erheblich höhere finanzielle Aufwendungen erfordert, mehr Personal, mehr Räume und Sachmittel. Die pädagogischen Erfolge der Gesamtschule sind eher skeptisch zu beurteilen.
- Nach Auffassung der CDU stellen Kinder unserer ausländischen Mitbürger in den nächsten Jahren besonders hohe Anforderungen an das Bildungssystem. Sie müssen eine Schulausbildung erhalten, die für das Leben in Deutschland die notwendigen Kenntnisse, Fähigkeiten und Fertigkeiten vermitteln, zugleich aber auch die Rückkehr in die Heimat nicht verbaut. Die Förderungsmaßnahmen zur Eingliederung haben dabei wegen der positiven Sozialisationswirkungen im Elementarbereich einzusetzen. Dabei ist auf eine enge Kooperation zwischen Kindergarten und Grundschule zu achten.
- Wir werden die Zukunftschancen der jungen Generationen sichern, indem wir die Jugendarbeitslosigkeit abbauen und für eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen sorgen. Die CDU und die von ihr getragenen Landesregierungen werden in Zukunft — wie sie es bereits seit Jahren tun — die Ausbildung von Frauen und Mädchen in technischen Berufen besonders fördern.
- Die Berufsbildungspolitik der CDU hat sich bereits seit langem daran orientiert, daß die Ausbildungsbedingungen in Betrieben und den beruflichen Schulen verbessert und aufeinander abgestimmt werden. Dabei ist die Teilzeitberufsschule gleichberechtigter Partner im dualen System der Berufsausbildung. Ihr muß nach unserer Auffassung innerhalb unseres Schulsystems in Zukunft größere Aufmerksamkeit geschenkt werden.
- Die CDU tritt für den Ausbau und die Weiterentwicklung des dualen Systems von betrieblicher und schulischer Berufsausbildung ein.
- Im Vordergrund der Hochschulreform muß nach Ansicht der CDU die innere Reform stehen. Studienpläne und Prüfungsordnungen sollen dabei so gestaltet sein, daß ein Hochschulstudium innerhalb einer Regelstudienzeit abgeschlossen werden kann. Dazu bedarf es auch einer besseren Stoffauswahl und einer Entrümpelung der Studiengänge. Studienziele, Studiengänge, Studienpläne und Prüfungsordnungen sind auch unter dem Ziel zu überarbeiten, den Studieren-

den einen größeren Praxisbezug zu vermitteln. An diesen Reformarbeiten müssen alle Betroffenen beteiligt werden.

- Die CDU hat sich dafür ausgesprochen, die Maßnahmen zur beruflichen Fortbildung und Umschulung nach dem Arbeitsförderungsgesetz erheblich zu verbessern.
- Der Weiterbildung kommt künftig für den einzelnen wie für den Arbeitsmarkt eine verstärkte Bedeutung zu. Die Anforderungen, denen sich der einzelne gegenüber sieht, machen darüber hinaus umfassende Angebote zu kontinuierlicher Fort- und Weiterbildung notwendig. Das dafür erforderliche Bildungsangebot der freien Träger, der Wirtschaft und der öffentlichen Bildungseinrichtungen muß dabei gefördert werden. Die CDU ist der Auffassung, daß die Freistellung von der Arbeit zur Teilnahme an Bildungsmaßnahmen (Bildungsurlaub) bundeseinheitlich geregelt und stufenweise verwirklicht werden sollte. Im Zuge einer schrittweisen Einführung des Bildungsurlaubs sollten dabei zunächst vor allem solche Gruppen berücksichtigt werden, denen besondere Lebens- und Arbeitsbedingungen den Zugang zu Weiterbildungsangeboten erschweren.
- Nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz wird bei Besuch von weiterführenden allgemeinbildenden Schulen und Berufsfachschulen Ausbildungsförderung ab der 10. Klasse, im übrigen von Beginn der Ausbildung an geleistet. Bei Besuch einer Realschule oder eines Gymnasiums wird Ausbildungsförderung bereits ab der 5. Klasse geleistet, wenn der Auszubildende nicht bei seinen Eltern wohnt und von der Wohnung der Eltern aus eine entsprechende zumutbare Ausbildungsstätte nicht erreichbar ist. Die CDU ist der Auffassung, daß diese Ausbildungsförderung an die allgemeine Lohnentwicklung angepaßt werden muß. Es muß daran erinnert werden, daß die Vorschläge der CDU/CSU-Bundestagsfraktion im Mai 1979, in denen eine solche jährliche Überprüfung der Sätze angeregt worden war, von den Koalitionsparteien abgelehnt wurde.

Prüfstein 11: Soziale Sicherheit

Die Union hat in zwanzigjähriger Aufbauarbeit das Netz der sozialen Sicherheit geschaffen.

- 1951 Kündigungsschutzgesetz
- 1953 Schwerbeschädigungsgesetz
- 1954 Kindergeldgesetz

- 1957 Rentenreform
- 1960 Unfallversicherungsgesetz
- 1960 Jugendarbeitsschutzgesetz
- 1961 Bundessozialhilfegesetz
- 1963 Mindesturlaubsgesetz
- 1965 Mutterschutzgesetz
- 1969 Arbeitsförderungsgesetz

Die Empörung über den Rentenbetrug des Wahljahres 1976 durch Bundeskanzler Schmidt hat bei unseren älteren Mitbürgern eine Phase der Sorge und Unsicherheit eingeleitet. Die Menschen müssen sich heute darauf verlassen können, daß die nachfolgende Generation ihnen morgen ihre Altersversorgung sichert.

Die Union will den Generationenvertrag durch wachstums- und umweltfreundliche Wirtschaftspolitik, eine neue und bessere Familienpolitik und eine verlässliche Rentenpolitik sichern. Wir werden die bruttolohnbezogene, dynamische Rente wieder einführen. Das Festhalten an der bruttolohnbezogenen Rente — ein durch die CDU/CSU geschaffenes Jahrhundertwerk echter Reformpolitik — ermöglicht die Einführung eines nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaffelten Krankenversicherungsbeitrags der Rentner. Allein die bruttolohnbezogene, dynamische Rente schafft Verlässlichkeit und Sicherheit.

Die Union hat schon vor Jahren die Partnerrente gefordert. Diese Politik einer größeren sozialen Sicherheit für die Frauen setzt die Union fort.

— Wir werden die Altersversorgung der Mütter durch die Anrechnung von Erziehungszeiten verbessern. Die Union wird deshalb sicherstellen, daß durch die Anerkennung von Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann.

Die Bemessungsgrundlage für die Anrechnung der Erziehungsjahre soll sich am entsprechenden Durchschnittseinkommen orientieren. Als Erziehungsjahre sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden.

— Für die rückwirkende Lösung stellen sich besondere finanzielle Probleme. Darüber hinaus ist es besonders schwierig, rückwirkend eine gerechte Lösung zu finden. Wir wollen, daß im Sinne der gleichwertigen Anerkennung von Berufstätigkeit und Kindererziehung rückwirkend grundsätzlich 1 Jahr je Kind rentensteigernd anerkannt wird.

— Wir werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht sicherstellen. Deshalb werden wir die Partnerrente für die Hinterbliebenen

durchsetzen. Wir wollen, daß der erreichte Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten gesichert und für die Witwen verbessert wird. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70 % der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaft nicht unterschreiten.

Bei voller Sicherung der eigenerworbenen Rentenansprüche wird dies unter Berücksichtigung von Erziehungsjahren und sonstigen anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zu einer Rentenverbesserung für den Hinterbliebenen führen.

Die Gesundheit ist eines der höchsten Lebensgüter. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden Bürger gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation, auf seinen Platz in der Gesellschaft und unabhängig von seinem Wohnort. Gesundheitspolitik soll in erster Linie darauf gerichtet sein, Krankheiten zu verhüten. Förderung der Gesundheit und Gesundheitsvorsorge und Gesundheitserziehung sind daher Schwerpunkte unserer Politik. Hierzu gehören auch die ständige Verbesserung der Umweltbedingungen und die eigene Verantwortung für die Gesundheit, die es zu wecken und zu fördern gilt.

Auch in der Gesundheitspolitik können wir auf Wirtschaftlichkeit nicht verzichten. Die Strukturen des Gesundheitssystems müssen mit dem Ziele größerer Wirtschaftlichkeit weiterentwickelt werden. Dabei setzen wir nicht auf staatlichen Dirigismus, sondern auf das verantwortungsbewußte Zusammenwirken der Beteiligten.

Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns alle teuer zu stehen kommen. Deshalb ist ein gerechter Familienlastenausgleich ein sittliches und politisches Gebot. Wir wollen diesen Ausgleich so gestalten, daß er weit stärker als bisher die Eigenleistung der Familie, insbesondere der Mütter, anerkennt.

- Wir werden ein Erziehungsgeld von 400,— DM monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit geringem Einkommen werden wir darüber hinaus fördern.
- Wir werden die Benachteiligung der nicht in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis tätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigen. Wir wollen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von 6 Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von 500,— DM monatlich erhalten. Das Erziehungsgeld wird sich zeitlich an das Mutterschaftsgeld anschließen.
- Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.

- Die Höhe des Kindergeldes muß vom Gesetzgeber regelmäßig überprüft werden. Wir wollen die Entscheidungsfreiheit der Eltern dadurch verbessern, daß wir eine zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld anbieten.

Prüfstein 12: Miet- und Bodenrecht

Mehr als ein Drittel des Wohnungsbestandes besteht aus öffentlich geförderten Sozialwohnungen mit staatlich subventionierten Mieten und weitreichenden Belegungs- und Mietpreisbindungen. Die Gesetzmäßigkeiten des Marktes gelten hier nicht. Der freifinanzierte Mietwohnungsbau ist mangels Abbaus von Hemmnissen für private Investitionen nahezu zum Erliegen gekommen. Sozialmieten liegen in vielen Fällen höher als die Mieten vergleichbarer freifinanzierter Wohnungen.

Deshalb fordert die Union, daß die gesamte Wohnungsbauförderung einschließlich des Wohngeldes, der steuerlichen Maßnahmen sowie der Bausparförderung, neu geregelt und verbessert wird. Dabei ist besonders zu berücksichtigen, daß Kinder nicht wegen unzureichender Wohnverhältnisse unerwünscht oder benachteiligt sind. Beim Bau und der Vergabe von Sozialwohnungen und öffentlich geförderten Wohnungen sind ausländische Arbeitnehmer zu berücksichtigen.

Da nicht alle Bürger Wohnungseigentum erwerben können oder wollen und für sie die Mietwohnung Mittelpunkt ihres Lebens ist, ist ein gesetzlich festgelegter Schutz des Mieters gegenüber nicht gerechtfertigten Kündigungen unverzichtbar. Die Union bejaht die Regelung, daß die Kündigung zum Zwecke der Mieterhöhung ausgeschlossen ist.

Die Verdichtungsräume müssen menschenwürdiger werden und funktionsfähig bleiben. Sie sind unentbehrliche Zentren des wirtschaftlichen, kulturellen und gesellschaftlichen Lebens. Modernisierung, Sanierung und Denkmalpflege sowie die Verbesserung der Umweltverhältnisse haben Vorrang vor der Erschließung neuer Baugebiete. Städtebauförderung muß nachdrücklich Wert auf die Erhaltung guter Bausubstanz und eine menschengerechte Gestaltung der bebauten Umwelt legen, d. h., Wohnmodernisierung muß mit der Verbesserung der Wohnumwelt Hand in Hand gehen.

Unsere Wohnungsbaupolitik für den ländlichen Raum sieht ihren Schwerpunkt in der Dorfsanierung und Dorferneuerung. Um jedoch eine Entwicklung des ländlichen Raumes sicherzustellen und der einheimischen Bevölkerung die Möglichkeit zu geben, in der ihr vertrauten Umgebung zu bleiben, muß die Erschließung neuer Wohngebiete möglich sein.

Das Privateigentum ist dem Gemeinwohl verpflichtet. Sein Gebrauch soll zugleich dem Wohl der Allgemeinheit dienen. Diese Sozialverpflichtung gilt in besonderem Maße für den Bauboden, der unentbehrlich und der nicht unbegrenzt vermehrbar und verfügbar ist.

Prüfstein 13: Presse, Funk und Fernsehen

Einer freien Gesellschaft entspricht die Pluralität der Medien. Unabhängigkeit und Vielfalt der freien Presse sind zu sichern.

Öffentlich-rechtliche Funk- und Fernsehanstalten sind dabei in besonderer Weise der Informationsvermittlung und Meinungsvielfalt verpflichtet. Die Ausstrahlung weiterer Hörfunk- und Fernsehprogramme durch andere Veranstalter — auch durch Gesellschaften des privaten Rechts — soll möglich sein.

Die freiheitliche Gestaltung der Medien und der Zugang zu allen Informationen sind unentbehrlich für die Erhaltung des demokratischen Staates.

Dabei kommt dem öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehsystem, das gesichert und weiterentwickelt werden muß, keine Monopolstellung zu. Wenn die CDU für eine Erweiterung des Angebotes, auch außerhalb der öffentlich-rechtlichen Rundfunk- und Fernsehanstalten eintritt, so geschieht dies um Meinungsvielfalt zu erhalten.